

Schule und Autonomie – Paradigmenwechsel oder Paradoxon? Dialog am Stephansplatz, 10. Oktober 2017

HR Mag. Andrea Pinz, Hochschulratsvorsitzende der KPH Wien/Krems, verweist in ihren Begrüßungsworten darauf, dass es eine Verbindung zwischen Schule und Kirche gebe, bei beiden finde man Bewahrung und Überlieferung, Reformen seien immer zeitgebunden. Viele kirchliche Lehranstalten haben sich durch Ausnützen autonomer Möglichkeiten bewährt.

Bildungsministerin Dr. Sonja Hammerschmid erinnert zu Beginn ihres Referates, dass Reformen im Schulwesen immer von Schwierigkeiten begleitet waren, auch zur Zeit von Maria Theresia scheiterten Pläne an der Uneinigkeit des Bildungsbürgertums. Unsere Gesellschaft habe sich in den letzten 20 Jahren durch Digitalisierung und neue Technologien rasch verändert, das müsse Auswirkungen auf die Schule haben und ihr Credo sei es den Schülerinnen und Schülern klar zu machen: „*Gute Bildung ist der Autor deines Lebens*“. Dies erreiche man durch Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Im Mittelpunkt müsste immer das Kind stehen, das entsprechend seiner Talente zu fördern sei. Die Schulen müssten mehr Freiheiten erhalten den Unterrichtstag gestalten zu können, z.B. durch die Aufhebung der 50 Minuten Stunde, Auflösung des Klassenverbandes für bestimmte Projekte, größere Gestaltungsmöglichkeiten in einzelnen Fächern, Zusammenlegung mancher Fächer, z.B. im Fach Science.

Die Ergebnis- und Gestaltungsverantwortung liege bei den einzelnen Schulen, die Schulleitungen müssten für diese Aufgabe speziell ausgebildet werden, die Weiterbildung sollte standortspezifisch geschehen.

Ziel sei es die Bildung vom Kindergarten bis zur Matura zu gestalten, den Bildungsdirektionen werde da eine entscheidende Aufgabe zukommen.

Die Finanzierung werde sich am Chancenindex orientieren, der die Gesamtschüleranzahl, die Schwerpunktsetzung, die Anzahl der Kinder mit SPF und mit nichtdeutscher Muttersprache, den sozio-ökonomischen Hintergrund der Familien und die standortspezifischen Gegebenheiten berücksichtige.

Zum Abschluss betont **Hammerschmid** die Bedeutung zweier Faktoren: Vertrauen in und Qualitätssicherung bei den Schulstandorten. Hier könne man viel von Südtirol lernen. Sie appelliert an die Direktorinnen und Direktoren: *Seien Sie mutig, starten Sie innovativ!*

Am **Podium** treten mit der Ministerin in den Dialog: Mag. Gerda Schallamon Direktorin am Musikgymnasium Neustiftgasse, Leyla Kamyabi, Maturantin der HAK des BFI, Roman Sadnik, NMS Lehrer von der Marienanstalt Sacre Coeur, KPH Rektor Mag. Christoph Berger. Moderation Mag. Michaela Waldherr.

Für **Schallamon** ist die Bildungsreform nichts wirklich Neues. Vieles werde an ihrer Schule bereits gemacht, neu sei nur die gesetzliche Verankerung und sie hoffe, dass dadurch der bürokratische Aufwand verringert werde. **Sadnik** schließt sich dem an. Die 50 Minuten Stunde hätten sie schon überwunden. Im Team unterstütze man sich gegenseitig und zähle nicht die Minuten, die man für Mehrarbeit aufwende. **Kamyabi** berichtet, dass sich die zunächst negative Haltung zur Bildungsreform durch intensive Aufklärung ins Gegenteil verkehrt habe. Sie begrüßt die Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten. **Berger** unterstützt alle Aussagen der Ministerin. Engagierte Menschen haben immer schon mehr gemacht, Spielräume hatte man wenn man sie wollte, aber die bürokratischen Hindernisse seien groß gewesen. Die PH unterstütze die Lehrerinnen und Lehrer mehr Verantwortung zu übernehmen. Vor der Bildung von Clustern müsse man sich nicht fürchten, die PHs haben sie bereits. **Hammerschmid** verweist auf Leuchtturmschulen, die ihr Wissen weitergeben sollen. Bis der Prozess angekommen sei, werde es fünf bis zehn Jahre dauern. Das Image der Pädagoginnen und Pädagogen müsse gehoben werden, das Beste von PH und Universität solle sich bei Aus- und Weiterbildung verbinden. „*Wir brauchen die Besten und Engagiertesten, die für ihren Beruf brennen, sonst verbrennen sie*“.

Sadnik spricht die bürokratische Belastung an. „*Wir kommen vor lauter Bürokratie gar nicht mehr richtig zum Unterrichten und vor allem nicht zur Unterrichtsvorbereitung*“. **Hammerschmid** sieht hier Entlastungsmöglichkeiten durch die Clusterung, durch die 700 Verwaltungsstellen frei würden. Durch die Aktion 20 000 für Menschen im Alter von 50+ könnten 3000 Menschen an Schulen Arbeit finden. Es gebe bereits viele Bewerbungen. Auch weiteres Unterstützungspersonal (Sozialarbeiter, Psychologen, etc.) werde es geben und 5000 zusätzliche Lehrkräfte sind angefordert, vor allem für die Volksschulen. Die Kinder kämen mit großen Unterschieden aus den Kindergärten.

Berger meint, dass die Pädagog/innen unter einen immer stärkeren Rechtfertigungsdruck geraten, was auf die Eltern zurückzuführen sei die mit den Anwälten an die Schule kämen. Daher müsse alles dokumentiert sein. Die 5000 Lehrer/innen würden das System nicht verändern. **Schallamon** beklagt den enormen Organisationsaufwand, den Schulen zu bewältigen haben. Ein großes Problem sieht sie bei der Ausbildung neu. Voller Unterricht und nebenbei ein Masterstudium werde nicht möglich sein. (Starker Applaus). **Kamyabi** meint, dass jede Umstellung zunächst Bedenken auslöse. Nach einiger Zeit habe sich das eingespielt, das sehe man an der Zentralmatura.

Für **Schallamon** ist das Autonomiepaket dann ein Erfolg, wenn die Schüler/innen gern in die Schule gehen und gut auf die Reifeprüfung vorbereitet werden können, damit sie dort ihren Lernerfolg beweisen können. Für **Sadnik** müssen die Schüler/innen aufgrund der guten Ausbildung an der Schule einen guten Job finden. **Kamyabi** zählt auf die volle Unterstützung der Lehrkräfte und lobt die Einrichtung eines Debattierclubs an ihrer Schule. **Berger** spricht sich dafür aus, die Studierenden zu befähigen Verantwortung zu übernehmen. Lernen sei manchmal mühsam, das müsse man akzeptieren. Bürokratie müsse zurückgedrängt werden. **Hammerschmid** wünscht sich eine Schule in die Schüler/innen und Lehrer/innen gerne gehen. Talente müssten besser erkannt und gefördert werden. Die Spitzengruppe müsse größer, die Risikogruppe kleiner werden. Autonomie müsse sich durchsetzen. Sie verweist auf die Schwierigkeiten mit der autonomen Leistungsbeurteilung. Gibt das Ministerium zu viele Vorgaben kritisieren die einen, gibt es zu wenige, die anderen.

Vom **Publikum** konnten Fragen per SMS oder WhatsApp eingesandt werden. Sie beziehen sich auf Überregulierung des Systems, Zuständigkeiten, mittleres Management, schulfremde Personen als Quereinsteiger.

Hammerschmid möchte untersuchen lassen welches Ausmaß an Regulierung wirklich nötig sei. Der Bund müsse den Überblick haben, was im System passiere, die Bildungsstandards und die Lehrpläne festlegen. Durch die Bildungsdirektionen werde es zu einer Bund – Länder – Vereinheitlichung kommen. Die Rolle der Schulaufsicht werde sich verändern. In Clusterschulen werde es das mittlere Management geben, ob das in anderen Schulen auch möglich sein werde, lässt sie offen. Im berufsbildenden Schulbereich gebe es den Unterricht durch Quereinsteiger bereits, im Pflichtschulbereich durch die Aktion Teach for Austria ebenfalls. Im Juni wurde ein Gesetz verabschiedet, dass das auch für die AHS ermöglicht. Andererseits soll es Lehrer/innen, die aus dem System aussteigen wollen, auch ermöglicht werden in andere Berufe zu wechseln. **Sadnik** verweist auf die problematische Situation bei der Bezahlung der Quereinsteiger. **Berger** meint, das autonome System werde sich selbst regeln, die PH biete Unterstützung an.

Zum Abschluss plädiert **Schallamon** dafür auf die Bedürfnisse aller Schulpartner einzugehen, **Sadnik** wünscht sich mehr Austausch zwischen den Schulen, **Kamyabi** will verstärkt alle Informationen posten, **Berger** will die PH als Supporteinrichtung profilieren und **Hammerschmid** möchte gute Rahmenbedingungen schaffen.

Bei einer Abstimmung im Publikum über die wichtigsten Begriffe des Abends gewinnt Entlastung vor Verantwortung.